



Bundesministerium der Finanzen

11. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble,

der Bund der Steuerzahler in Europa, die Taxpayers Association of Europe (TAE), verfolgt seit geraumer Zeit mit Sorge die Diskussion zur die Überarbeitung der Tabak-Richtlinie 2001/37/EG. Vor kurzem wurde der zu erwartende Vorschlag der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher in den Medien diskutiert. Demnach sieht ein möglicher Verordnungsentwurf eine vollständige Standardisierung der Verpackungen von Tabakerzeugnissen, einschließlich Aussehen und Design vor. Als Interessenvertretung von 30 nationalen Steuerzahlerorganisationen mit mehr als einer Million Mitgliedern stehen wir diesem Vorschlag äußerst kritisch gegenüber.

Wir sind uns einig, dass die Verbesserung und der Schutz der Gesundheit Priorität Nummer vor allem im Hinblick auf Minderjährige haben muss. Dennoch haben wir berechtigte Gründe zu glauben, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen, und sie zudem negative Auswirkungen auf die damit verbundenen Steuereinnahmen haben könnte. Wem nützt dann die Neufassung der Richtlinie? Im Nachfolgenden möchten wir unsere Kritikpunkte kurz erläutern.

Die vorgeschlagene Standardisierung der Verpackungen von Tabakerzeugnissen (große Warnhinweise / Farbe, Form, Größe, Mindestanzahl, etc.) begünstigt eine Zunahme des illegalen Handels mit Tabakprodukten. Produktpiraterie wird einfacher und weniger kostspielig.

Die Standardisierung des Produktes selbst (Geschmack und Aussehen) würde ein sofortiges Verbot ganzer Segmente des Marktes bedeuten. Menthol- und so genannte Slim-Zigaretten machen derzeit einen bedeutenden Teil des Tabakmarktes, vor allem in den osteuropäischen Staaten, aus. Bereits heute sind diese Länder am stärksten von illegalem Handel betroffen.

Ein Verbot von Produkten bedeutet, dass bei unverändertem Verbraucherverhalten nur noch der illegale Handel (Schwarzmarkt) die Raucher bedienen wird. Dementsprechend wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu der gewünschten Reduktion des Tabakkonsums kommen, sondern es ist vielmehr zu befürchten, dass es zu einer Verschiebung des Konsums, vom bisher legalen versteuerten in den illegalen Markt, kommt. Wer garantiert dann die Einhaltung der Produktionsvorschriften und Qualitätsstandards? Das Ziel der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit würde dadurch konterkariert.

Neben möglichen negativen gesundheitlichen Folgen des in den Medien diskutierten Tabak-Richtlinienvorschlags und den daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Kosten, sehen wir mit Besorgnis die Gefahr eines Rückgangs der Steuereinnahmen aus Tabakkonsum und -produktion in den EU-Mitgliedstaaten. Heute beträgt das jährliche Steueraufkommen von Tabakwaren in der EU in etwa 98,7 Milliarden Euro (*Quelle: Nomisma (2012): Der Europäische Tabaksektor - Eine Analyse des Sozio-ökonomischen Footprints*). Experten-Schätzungen gehen von steuerlichen Verlusten in der EU in Höhe von mehr als 30 Milliarden Euro jährlich aus (*dies entspricht einem Verlust von rd. 30%*). Angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise in der sich die EU befindet, können wir uns derartige Steuerausfälle - ohne echten Nutzwert - nicht leisten.

Die Überarbeitung der Richtlinie für Tabakerzeugnisse sollte sich unseres Erachtens auf Maßnahmen konzentrieren und beschränken, die nachweislich das Rauchen reduzieren, dazu gehören vermehrte Präventions- und Aufklärungskampagnen, anstatt fahrlässig Steuereinnahmen und Arbeitsplätze zu gefährden. Denn wie bereits beschrieben, ist es nicht zu erwarten, dass die vorgeschlagene Revision der Richtlinie umfassende positive Auswirkung auf die öffentliche Gesundheit haben wird.

Wir bitten Sie deshalb, unsere Bedenken in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen und den Richtlinienentwurf kritisch auf mögliche negative Auswirkungen zu prüfen, denn letztendlich sind es die Steuerzahler, die dafür die Zeche zahlen müssen.

Gerne stehen wir für weitere Auskünfte zur Verfügung und verbleiben in der Hoffnung, dass Sie sich nach Kenntnisnahme dieses Schreibens und der Problematik konstruktiv-kritisch mit der Überarbeitung der Tabak-Richtlinie befassen werden.

Mit freundlichen Grüßen

  
Rolf von Hohenhausen  
Präsident

  
Michael Jäger  
Generalsekretär